

Partnership for Peace

- 1) Lohnt sich die Schweizer Beteiligung an „Partnership für Peace“

Pro: J.-P. Bonny, Oberst a D, alt Nationalrat FDP

Contra: Ulrich Schlüer, Nationalrat SVP

Standpunkt der ASMZ: Josef Feldmann, Korpskommandant a D

aus ASMZ Nr. 7/8/2000

- 2) NATO und Partnerschaft für den Frieden live
Exkursion der SOG nach Belgien

Heinz Gehrig, Major

aus ASMZ Nr. 6/99

- 3) Versagt das Dayton-Abkommen?
Eine Studienreise der SOG führte nach Bosnien-Herzegowina

Louis Geiger, Divisionär

aus ASMZ Nr. 7/8/2000

- 4) Die SOG in Russland

Peter Allemann, Hauptmann

aus ASMZ Nr. 7/8/2001

Lohnt sich die Schweizer Beteiligung an «Partnership for Peace»?



PRO

Was ist die Grundidee von «PfP»? Sie gibt die Möglichkeit, die Beziehungen und praktische Zusammenarbeit mit der NATO gemäss **eigenen** Interessen und Fähigkeiten zu entwickeln. Nach Konsultation der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte hat der Bundesrat am 30. Oktober 1996 beschlossen, die Schweiz an der PfP zu beteiligen.

Wesentlich ist, dass er in seinem Beitrittsdokument klar und eindeutig erklärte, dass «die Schweiz der dauernden und bewaffneten Neutralität verpflichtet ist. Sie hat nicht die Absicht, die Neutralität aufzugeben. Sie will nicht der Nordatlantischen Allianz beitreten».

Seit mehr als drei Jahren hat die Schweiz im Rahmen der PfP Tätigkeiten entfaltet, die zielgerichtet, erfolgreich und mit unserer Neutralität kompatibel waren. Das dritte Programm (1999) zum Beispiel war auf Projekte fokussiert, welche Bereiche wie die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (vor allem in den Oststaaten ein Problem), das humanitäre Völkerrecht, das Sanitäts-, Such- und Rettungswesen und – wo nötig – die Beteiligung an friedensfördernden Operationen unter UNO- oder OSZE-Mandat betrafen. Gerade der letzte Bereich konkretisierte sich im Rahmen von Aktionen wie «Alba» in Albanien, «Swisscoy» im Kosovo und etwas früher der «Gelbmützen» in Bosnien-Herzegowina.

Damit erfüllen wir in politisch kontrollierter und mit der Neutralität unseres Landes vereinbarer Form einen der drei Teilaufträge des Militärgesetzes 1995. Dieses sieht in Art. 5 vor, dass die Armee auch Massnahmen zur Friedensförderung zu erfüllen hat. Die PfP hat den grossen Vorteil, dass diese Aktionen in einem klar strukturierten und international akzeptierten Rahmen erfolgen und nicht in mit Risiken und aussenpolitischen Unwägbarkeiten verbundene Einzelaktionen ausmünden.

Es geht also primär um Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages. Es ist jedoch unzweifelhaft, dass die PfP auch eine Plattform bietet, wo wir unsere Interessen einbringen und wichtige Informationen aus erster Hand bekommen können.



J.-P. Bonny,
Oberst a D,
alt NR FDP.

CONTRA

Verlust an Eigenständigkeit schadet

Während der Bundesrat PfP als unverbindliches Angebot preist, von dem jedes Land «à la carte» profitieren könne, wurde es von der NATO mit der strategischen Zielsetzung lanciert, «Beitrittswillige beitragsfähig» zu machen, um der NATO Schritt für Schritt ein «sanftes Einfließen» ins Machtvakuum Osteuropa zu gestatten, das nach dem Zusammenbruch der UdSSR übrig geblieben war.

Das sind Zusammenhänge, welche die schweizerische Landesregierung heruntergespielt, um einer Volksabstimmung zur Grundsatzfrage, ob sich die Schweiz mit militärischen Mitteln im Ausland überhaupt engagieren solle, zu entgehen. Ein verhängnisvolles, wenig durchdachtes Ausweichmanöver, das die am Souverän vorbeigemogelte Grundsatzfrage des Auslandengagements der Armee unweigerlich in den Mittelpunkt der Reformen zur Armee XXI rückt – zweifellos nicht zum Nutzen dieser Reform.

Nur schon diese kurzsichtige Politik rund um «Partnership for Peace» hat der Schweiz und der Armee bereits erheblich geschadet. PfP soll die daran beteiligten Armeen bezüglich Bewaffnung, Doktrin, Ausbildung, Militärsprache usw. enger an NATO-Vorgaben knüpfen. Für einen Staat, der wie die Schweiz eine eigenständige Landesverteidigung aufgebaut hat und bewahren will, ist dies nicht von Vorteil, weil dadurch Zweifel am Willen zur Unabhängigkeit genährt werden. Natürlich ist die Leistungsfähigkeit unserer Armee immer wieder auch an NATO-Massstäben zu messen – allerdings ohne ihre Eigenständigkeit preiszugeben. Soweit die Schweiz mit ihrer PfP-Beteiligung Eigenständigkeit in den Verteidigungsanstrengungen bereits preisgegeben hat, soweit hat diese PfP-Beteiligung der Schweiz auch geschadet.



Ulrich Schlüer,
Nationalrat SVP.

Der Standpunkt der ASMZ

Unter den Zielsetzungen von PfP wird ausdrücklich «die Entwicklung von Streitkräften» genannt, «die mit denen der Mitgliedsstaaten der Nordatlantischen Allianz besser gemeinsam operieren können». Wer diesen Satz im weiteren Zusammenhang und mit dem Blick auf die Entstehungsgeschichte von PfP betrachtet, wird leicht erkennen, dass er darauf ausgerichtet ist, die ganz anders strukturierten Streitkräfte der einstigen Ostblockstaaten und ihre nach einer völlig fremden Führungsdoktrin erzogenen Offiziere näher an NATO-Standards heranzuführen. Für die Schweizer Armee besteht in dieser Hinsicht gar kein Problem. Sie hat während Jahrzehnten Offiziere in Führungslehrgänge der NATO-Armeen geschickt und damit wichtige Elemente ihrer Einsatzdoktrin und Führungslehre von dort «importiert». Sie hat in den NATO-Staaten den Grossteil ihres Kriegsmaterials eingekauft und damit zwangsläufig ihre Kampfführung den Leistungsdaten dieses Materials angepasst.

Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb dieser normale Prozess im Rahmen von PfP auf einmal einen gefährlichen Verlust an Eigenständigkeit bedeuten sollte.

Eigenständigkeit der militärischen Verteidigung ist heute ohnehin eine sehr relative Grösse. Am besten können wir das, was sie jetzt noch bedeutet, erhalten, indem wir uns im internationalen Rahmen als leistungsfähige und nützliche Partner erweisen. Fe ■



NATO und Partnerschaft für den Frieden live

Exkursion der SOG nach Belgien

Als die Kommission SOG International im letzten Dezember für das Frühjahr 1999 eine Reise zur NATO und zu «Partnership for Peace» ankündigte, ahnte noch niemand, unter welchen militärpolitischen Umständen die Exkursion stattfinden sollte. Am 14. April 1999, dem Tag, an dem die Gruppe in Belgien weilte, gingen die NATO-Angriffe eben in die vierte Woche, und am gleichen Mittwoch traf am gleichen Ort UN-Generalsekretär Kofi Annan mit den Aussenministern der EU-Länder zusammen, um nach einer politischen Lösung im Kosovo-Konflikt zu ringen.

Nur dank den ausgezeichneten Beziehungen des Präsidenten der Kommission SOG International, *Div L. Geiger*, – er führte die 34 Personen umfassende Delegation persönlich – war der Besuch trotz der aktuellen Lage überhaupt möglich. Wegen der derzeitigen grossen Belastung des für die Information zuständigen Personals wurden keine anderen Besucher mehr empfangen.

Die Delegation, welcher auch die Spitze der SOG mit Präsident *Br Michel Crippa*, Vizepräsident *Oberst iGst Siegfried Albertin* und Generalsekretärin *Hptm Irène Thomann* angehörte, wurde den ganzen Tag von *Oberst Alfons Beeler* vom Stab der Schweizer Mission bei der NATO begleitet. Im NATO-Hauptquartier in Brüssel, – stark bewacht von unauffällig bewaffneter Polizei und unübersehbar belagert vom Material der Medienanstalten (rund 3300 Journalisten sind ständig anwesend) – zeigte sich der Schweizer *Botschafter Pierre-Yves Simonin* erfreut darüber, dass mit der schweizerischen Mission bei der NATO ein neues Mittel für unsere Aussenpolitik geschaffen wurde, und er würdigte die gute Zusammenarbeit zwischen EDA und VBS. *Minister Martin Dahinden* orientierte über die Aufgaben der 1997 gegründeten Mission und gab einen ersten Überblick über Entste-

hung und Bedeutung von «Partnership for Peace». Anhand seiner Agenda, also mit konkreten Beispielen, wies er nach, dass der Schweiz nicht nur Gelegenheit zu politischen Konsultationen und multinationalen Kontakten, sondern auch zur aktiven politischen Mitarbeit geboten wird. Es sei ein Geben und Nehmen, wobei das Prinzip der Self-Differentiation gelte, d.h. die Schweiz kann autonom bestimmen, wo sie mitmachen will.

Der Niederländer *Eric Povel* vom Office of Information & Press NATO HQ legte sachlich, nüchtern und offen die derzeitige Situation des Bündnisses und seine Ziele dar. An die Stelle der konkreten Gefahren sind verschiedenste Risiken (z.B. ethnische Konflikte, religiöser Extremismus, Terrorismus etc.) getreten, welche zu Bedrohungen führen können. Die Osterweiterung bedeutete einen historischen Schritt, eine nächste Erweiterungsrunde ist zurzeit aber wohl eher in die Ferne gerückt.

SHAPE und PfP

Für den zweiten Teil des eintägigen Besuchs wurde nach dem südbelgischen Mons disloziert. Erstes Ziel war das SHAPE (Supreme Headquarters Allied



Generalmajor Ton Kolsteren, Direktor des Zentrums Partnership for Peace, im Gespräch mit Hptm D. Saudan, Br M. Crippa und Div L. Geiger (von links nach rechts).

Powers Europe). Hier informierten zwei deutsche und ein spanischer Offizier. Wie schon am Vormittag überraschte es die Besucher aus der Schweiz erneut, wie die Vertreter der NATO jegliche Propaganda vermieden und auch kritischen Fragen, z.B. zum Einsatz im Kosovo, nicht auswichen.

Der Direktor des Zentrums von «Partnership for Peace» (PfP), der niederländische *Generalmajor Ton Kolsteren*, orientierte gemeinsam mit einem britischen Navy Captain über seine Organisation. 24 Nationen bilden mit den 19 NATO-Staaten die PfP. Als Ziele gelten Transparenz, demokratische Kontrolle und Beiträge zu Operationen von UNO und OSZE.

In seiner Dankadresse sprach *Div L. Geiger* von einem historischen Ereignis, dass sich die Gruppe aus der Schweiz am Ort der Gründung der «Partnerschaft für den Frieden» habe einfinden können, habe die SOG als politische Kraft den positiven Beitrittsentscheid des Bundesrates doch wesentlich beeinflusst.

Major Heinz Gehrig

Weitere Informationen zu den genannten Institutionen finden sich auf:
<http://www.nato.int>
<http://www.nato.int/pfp/ch/home.htm>



Botschafter Pierre-Yves Simonin begrüsst die SOG-Delegation in der Schweizer Mission bei der NATO.



Die Reisegruppe der SOG vor dem eisernen Emblem der NATO an ihrem Brüsseler Sitz. Fotos Major Edgar Hacker

Versagt das Dayton-Abkommen?

Eine Studienreise der SOG führte nach Bosnien-Herzegowina

Louis Geiger

Der Taxifahrer hatte Angst, nach Pale (Republika Srpska) zu fahren. Der Busfahrer wollte sich weigern, uns nach Bijeljina (Republika Srpska) zu führen. Er erwartete, eskortiert zu werden. Die Auto-Kennzeichen sind zwar in ganz Bosnien-Herzegowina nach deutschem Muster einheitlich. Die Strassenschilder in der Republika Srpska sind aber nur mit kyrillischen Buchstaben beschriftet. Die Währung, die Deutsche Mark, ist auch einheitlich. Aber die Kaufkraft in der Föderation ist geringer als in der Republika Srpska. Liegenschaften haben die Hand geändert, zwangsweise!

Die Nation Bosnien-Herzegowina ist am Konferenztisch entstanden

Es ist kein Nationalbewusstsein spürbar. Die Fahne der Nation weht nirgends. Die Republika Srpska ist ein Staat im Staat. Mit eigener Aussenpolitik! Und mit eigenen Streitkräften! Mit eigener Sprache, Kultur und mit eigener Flagge. Die Offiziere werden in Belgrad ausgebildet. Aber auch die Föderation ist nicht geeint. Muslims und Kroaten vergessen nicht so rasch, dass sie aufeinander geschossen haben. Dass sie Familien auslöschten und Eigentum zerstörten. Es stimmt nicht versöhnlich, wenn man jeden Tag die Ruinen ansehen muss. Der künstliche Staat wird zusammengehalten, weil die SFOR darüber wacht.

Die OSZE kontrolliert die Dayton-Auflagen. Das UNHCR baut und vermittelt Wohnraum. Es setzt sich dafür ein, dass die wahren Eigentümer wieder zu ihrer Liegenschaft kommen. Das wird dann von der

Gegenseite auch hin und wieder mit Drohgebärden erschwert oder verhindert. Die Zielsetzung, einen multiethnischen, befriedeten Staat aufzubauen, kann nur erreicht werden, wenn Versöhnung angestrebt wird. Aber mit 50% Arbeitslosigkeit, einer verminten Umgebung und mit einem Leben in Ruinen ist es schwierig, Unrecht zu vergessen. Die Lebensbedingungen müssen verbessert werden. Kriegsverbrecher müssen bestraft werden. Und man muss das Land aus der Isolation und Bevormundung herausführen. Eigenverantwortung muss einkehren!

Die Schweiz leistet hervorragende Vorbereitungsarbeit

Botschafter Wilhelm Schmid setzt sich für multiethnisches Zusammenleben ein. Botschafter Werner Blatter, Delegationschef des UNHCR, leitet ein beeindruckendes Projekt für zurückkehrende Flüchtlinge. Botschafterin Gret Haller konnte als Ombudsperson viel Unrecht

Man muss das Land aus der Isolation und Bevormundung herausführen.

gutmachen. Die Gelbmützen unter Oberst Bruno Häberli unterstützen die OSZE nachhaltig. Auch die DEZA arbeitet in den Bereichen Versöhnung, wirtschaftlicher Wiederaufbau und marktwirtschaftliche Umgestaltung. Der IKRK-Delegationsleiter Balthasar Staehelin versucht, das Schicksal von 17 000 Vermissten zu klären.



Der Präsident der SOG (links) beim Unterzeichnen des Gästebuches in der Gedenkhalle in Mostar.

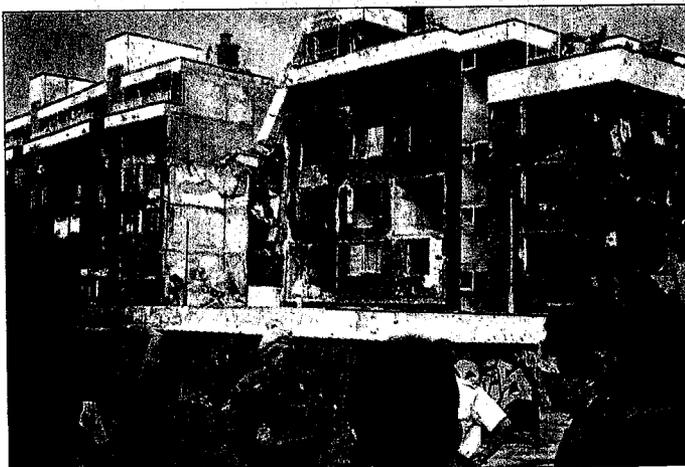
Foto: Georges Berringer, SOG

Und er warnt vor den überall lauenden Personenminen.

Die Nation Bosnien-Herzegowina, mehrsprachig und multikulturell wie die Schweiz, braucht Unterstützung. Sie braucht ein Sanierungskonzept. Ohne Wiederaufbau keine Versöhnung! Ohne Versöhnung kein Friede! Das Dayton Agreement ist nur ein Stück Papier. Die Realität verlangt aber Taten. Die Schweiz, Depositarstaat der Genfer Konventionen, wird Bosnien-Herzegowina nicht vergessen.

Abkürzungen:

- UNHCR: UN Hochkommissariat für Flüchtlingswesen
- IKRK: Internationales Komitee vom Roten Kreuz
- OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- SFOR: Stabilization Force
- DEZA: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten



Sarajevo im Mai 2000.

Foto: Edgar Hacker, SOG



Mostar im Mai 2000.

Foto: Edgar Hacker, SOG

Die SOG in Russland

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG erhielt im Mai dieses Jahres aufgrund eines Kooperationsplanes zwischen dem VBS und dem russischen Verteidigungsministerium die Gelegenheit, die russischen Streitkräfte zu besuchen. Es ging darum, sich ein Bild zu machen, welchen gewaltigen Veränderungsprozessen diese Armee seit dem Ende des Kalten Krieges ausgesetzt ist. Diese Prozesse sind geprägt von negativen Erfahrungen aus dem Afghanistan- und den beiden Tschetschenienkriegen, dem Eingreifen der NATO in Ex-Jugoslawien, der NATO-Osterweiterung und dem Zerfall der eigenen Streitkräfte wegen Finanzknappheit, mangelnder Einsatzbereitschaft sowie unsicheren politisch-strategischen Vorgaben.

Peter Allemann

Putin als «Retter in der Not»

Präsident Putin versucht, diesem negativen Prozess Einhalt zu gebieten. Deshalb verabschiedete er im letzten Jahr neue Konzepte für die nationale Sicherheit und die Aussenpolitik sowie eine neue Militärdoktrin (siehe ASMZ 5/2001, S. 33f.). Diese erneute Reform ist nach jenen von 1992/93 und 1997 bereits die Dritte in einer Dekade. Putin versucht, der Armee wieder einen höheren Stellenwert zu geben, was sich zum Beispiel in der Absicht einer besseren Bezahlung der Soldaten äussert. Die Umsetzung lässt noch auf sich warten. Die Gorbatschow- und Jelzin-Jahre, trotz ihrer grossen, ja umwälzenden politischen und militärischen Veränderungen, werden von gewissen Militärs nämlich als «verlorene» Jahre bezeichnet. Folgen den Konzepten nun auch Taten?

Die Kurzbesuche bei den Akademien der Teilstreitkräfte, der 27. Infanterie-Brigade und einem unabhängigen Think Tank (CPIS, Center for Political and International Studies in Moskau, www.isn.ruh.ru/cpis) konnten aber nur einen Eindruck und kein abschliessendes Bild vermitteln. Trotzdem ist der Autor, ehemaliger UNO-Militärbeobachter in Ost-Slawonien/Kroatien im Jahre 1997, der Meinung, dass solche Besuche sehr wertvoll sind und Vertrauen aufbauen, gerade im persönlichen Kontakt mit Leuten, die eine ideologisch und militärisch gegensätzliche Ausbildung hatten und denen bis anfangs der Neunzigerjahre gesagt wurde, dass im Westen der Feind sitzt, den es zu vernichten gilt. Generell ist festzuhalten, dass zwei Komponenten im russischen Militärdenken noch immer eine zentrale Rolle spielen: Die Erinnerung an den Sieg und die Leiden des Zweiten Weltkrieges sowie zweitens die allseitige und ständige Bedrohung Russlands durch die ganze Geschichte hindurch seit den Mongolenstürmen bis zum heutigen Tag. Dies kam auch in den unzähligen Museumsbesuchen zum Ausdruck, bei denen immer wieder auf die heldenhaften Leistungen

der russischen und Sowjetarmee zur Verteidigung des Vaterlandes hingewiesen wurde.

Vier Krisensymptome in den Streitkräften

Der anerkannte russische Militärexperte Professor Jurj Feodorow (Moscow State Institute of International Relations of Russia's Foreign Ministry) skizzierte bei seinem Referat am CPIS die folgenden Problemfelder: Erstens tiefe Moral und Disziplin, schlechte Einsatzbereitschaft, ungenügende Finanzen und bis auf wenige Ausnahmen eine veraltete Ausrüstung. Zweitens sind die Streitkräfte für den aktuellen Verteidigungshaushalt (es gab keine verlässlichen Zahlen und Vgl.) auch mit 1,2 Mio. Soldaten immer noch viel zu gross. Die Struktur der Streitkräfte erlaubt drittens keine schnellen und globalen Engagements analog den US-Streitkräften in Krisengebieten. Die russische Sichtweise orientiert sich viertens nicht an aktuellen Bedrohungen, wobei Fedorow selbst ausführte, dass es keine einheitliche Sichtweise gibt.

Welche Armee? – Denkschulen im Wettstreit

Diese diffusen Bedrohungsbilder führen aktuell zu heftigen Diskussionen um die Auslegung der neuen Sicherheitspolitik bzw. Militärdoktrin und deren Anforderungen an eine neue, kleinere, flexiblere und kampfstärkere russische Armee für das 21. Jahrhundert. Fedorow entwarf das Bild dreier Denkschulen im Wettstreit, dessen Ausgang noch nicht klar erkennbar ist: Einerseits gibt es die traditionelle Sichtweise – Fedorow nannte sie die «Atomlobby» – einer Konkurrenzierung der NATO mit kleineren Nebenschauplätzen wie in Tschetschenien. Um die Parität, auch wegen des schlechten Zustandes der konventionellen Streitkräfte, zur NATO und auch gegenüber China aufrechtzuerhalten, ist nach wie vor eine sehr starke Nuklear-

streitmacht nötig. Dies beweisen aus russischer Sicht gerade die aktuellen Raketenabwehrpläne der US-Administration. «Interne» Konflikte wie in Tschetschenien müssten durch Truppen des Innenministeriums sowie zahlenmässig kleine Spezialtruppen «gelöst» werden.

Dieser Sichtweise widersprechen die sog. «kämpfenden Generäle» (Bezeichnung Fedorov), welche die hauptsächlich Bedrohung nicht nur im Westen bzw. der NATO sehen, sondern auch im Umfeld der GUS (z.B. islamischer Einfluss). Eine minimale nukleare Abschreckung sei weiterhin nötig, vor allem aber müsse Russland über kleine, modern ausgerüstete, schnell verlegbare und modular aufgebaute konventionelle Streitkräfte verfügen, die in mehreren Lokalkonflikten von Europa über den Kaukasus bis nach Zentralasien wirkungsvoll einsetzbar wären.

Eine dritte Gruppierung vor allem jüngerer Offiziere ist gemäss Fedorov der Ansicht, dass sich Russland auf Militäraktionen im eigenen «Einflussbereich» (entlang den Grenzen der GUS) konzentrieren und sein reduziertes Nuklearpotenzial primär zur Abschreckung Chinas einsetzen soll. Allen drei Modellen ist gemeinsam, dass sie eine weitere NATO-Osterweiterung, beispielsweise ins Baltikum, als einen sehr provozierenden Akt betrachten würden.

Fazit: Ein weiter Weg hat erst begonnen!

Sicher scheint momentan wegen der Finanzknappheit nur eine Reduktion der strategischen Raketenstreitkräfte und Anzahl Soldaten zu sein. Unter Putin amtiert mit Sergej Iwanow erstmals ein Zivilist und Vertrauter aus früheren gemeinsamen Geheimdienstzeiten als Verteidigungsminister. Er soll das ambitionöse Reformvorhaben bis 2008 in die Tat umsetzen. Die Streitkräfte selbst werden aber von vielen konkreten Alltagsorgen geplagt, führen einen nicht gewinnbaren Krieg in Tschetschenien und bekamen mit der Kursk-Tragödie nochmals einen moralischen Dämpfer, dass schnelle Resultate dieser Reformbemühungen im Militäralltag nicht zu erwarten sind. ■



Peter Allemann,
lic. phil. I,
Hauptmann, Stab
Inforegiment 1,
8127 Forch.